

Argumente für Gleichberechtigung, oder: Was zwingend zum demokratischen Rechtsstaat gehört.*

Susanne Baer

Präsidentin des djb, Berlin

Was kann zum Beginn des Jahres 2026 ein wenig Orientierung geben, zur Navigation in schwierigen Zeiten?

Es geht um Gleichberechtigung, denn sie steht für den djb im Mittelpunkt. Dann ist es wohl am einfachsten, Artikel 3 Absatz 2 und 3 des Grundgesetzes zu lesen – das dürfte genügen. Ein Blick in die Europäische Charta der Grundrechte schadet auch nicht, wo das Grundrecht auf Gleichberechtigung näher ausbuchstabiert wird, in Artikel 20 bis 23 GRCh, genauso wenig wie der Blick in die völkerrechtlichen Garantien, von der Frauenrechtskonvention CEDAW bis zur Istanbul-Konvention des Europarates gegen Gewalt, vom Sozialpakt der Vereinten Nationen über die Europäische Sozialcharta bis zu den Regeln der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Klar ist dann jedenfalls das Ziel: die tatsächliche Gleichstellung von Frauen, und zwar von allen.

Aus der Zusammenschau ergibt sich auch, dass Gleichberechtigung, also Gleichstellung durch Chancengleichheit, intersektional gemeint ist und nur so angemessen verstanden werden kann. Was das bedeutet? Dafür ließe sich sehr viel Fachliteratur,¹ aber auch das Leitbild des djb konsultieren. Dort heißt es klar und deutlich: Wir setzen uns „für Geschlechtergerechtigkeit und eine Gesellschaft ohne Diskriminierung“ ein; es geht uns um „einen Feminismus ..., der insbesondere auch Mehrfachdiskriminierungen und damit Intersektionalität im Blick hat.“ Das ist schon Orientierung. Nur was genau bedeutet es – heute?

Was muss heute, im Jahr 2026 betont, verdeutlicht und erläutert werden? Welche Argumente sind wieder oder neu gefragt? Das fragt sich vor allem, wo Antifeminismus betrieben wird und in die Köpfe und Politiken sickert. Zwar war das Engagement für Gleichberechtigung, also für Gleichstellung, für Chancengerechtigkeit, nie einfach. Doch sind präzise Analysen und deutliche Worte heute mehr als gefragt. Dass liegt vor allem daran, dass Antifeminismus ein alles andere als unwichtiger Teil der Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat ist.

Wer dazu nach guten Argumenten sucht, findet viel. Es gibt die klugen Analysen des Anti-Genderismus und globalen Antifeminismus² genauso wie Impulse, unser gesellschaftliches Miteinander zu justieren, wie von Gilda Sahebi in „Verbinden statt spalten“. Es gibt sehr gute Angebote und Informationen wie die der Antifeminismus-Meldestelle der Amadeo Antonio Stiftung und jene des Bundesverbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.³ Es gibt einen „InfoPool Rechtsextremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung,⁴ nicht zufällig auch mit Informationen über Antifeminismus, und die Arbeiten des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung.⁵ Daneben stehen die Infor-

mationen des Deutschen Frauenrats⁶ und der Bundesstiftung Gleichstellung⁷ sowie von spezialisierten Einrichtungen der Länder.⁸ Nachhören lassen sich Diskussionen über „Misogynie, Rechtsextremismus und Rassismus: Die unterschätzte Gefahr“ mit Seda Başay-Yıldız, Heike Kleffner u.a.;⁹ nachlesen lassen sich der Bericht über die Veranstaltung des djb zu „Antifeministischen Netzwerken in Europa“ 2024¹⁰ und die Beiträge von Steffi Killinger und anderen in der (immer wieder spannenden, mit großem Einsatz hergestellten) djbZ, wie das Heft 2/2024 „Mit Feminismus gegen Rechtsextremismus“.¹¹ In der Sache, fachlich fundiert, juristisch statt ideologisch, präzise und klar helfen natürlich die Stellungnahmen und Hintergrundpapiere des djb. Sie erarbeiten die vielen ehrenamtlich Engagierten, auf deren Schultern wir stehen. Lesen Sie also nach! Es lohnt sich, immer wieder.

Was lässt sich dann noch sagen?

Ich habe für das Jahr 2026 einen Rückblick mitgebracht, um dann umso klarer, mutiger und entschlossener gemeinsam nach vorn zu schauen. Der Rückblick passt zum djb, er passt zu Berlin (und zu Frankfurt am Main) und er passt – leider – auch in diese Zeit. Denn es sieht nicht gut aus.

- * Grundlage dieses Beitrags sind die Beiträge auf den Jahresempfängen der djb-Landesverbände Berlin und Brandenburg im Januar 2026.
- 1 Auch hier gibt es Anleitungen für die Praxis, wie z.B. das Booklet der Bosch-Stiftung: Die Transformative Kraft der Intersektionalität. Ungleichheit reduzieren und soziale Gerechtigkeit stärken durch intersektionale Praxis, 2023, online: <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/die-transformative-kraft-der-intersektionalitaet>; zur Forschung z.B. Biele Mefebue, Astrid / Andrea D. Bührmann / Sabine Grenz (Hg.): Handbuch Intersektionalitätsforschung, 2022.
 - 2 Z.B. Hark, Sabine / Villa, Paula Irene (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, 2015; global vergleichend Scheele, Alexandra u.a. (Hg.): Global Contestation of Gender Rights, 2022 (open access: https://bielefelduniversitypress.de/downloads/scheele_roth_winkel_global_contestations_of_gender_rights.pdf).
 - 3 <https://verband-brg.de/ueber-uns/> mit zahlreichen Verweisen auf weitere Organisationen.
 - 4 <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/>, u.a. Regina Frey, bpb, 20.03.2025.
 - 5 <https://antifeminismus-begegnen.de/de>.
 - 6 <https://www.frauenrat.de/handreichung-argumente-gegen-antifeminismus/>.
 - 7 <https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/wissen/themenfelder/antifeminismus/>, u.a. mit Arbeiten von Juliane Lang. Mehr auch im <https://www.gleichstellungsportal.de/abc-der-gleichstellung/antifeminismus/>.
 - 8 Z.B. <https://www.gender-nrw.de/antifeminismus/>.
 - 9 Instrumente der extremen Rechten und ihre Gefahren – taz Talk, YouTube-Kanal der taz, https://www.youtube.com/live/tUcVeOdM_20.
 - 10 Amberger, Silja: Antifeministische Netzwerke in Europa: Akteure, Mechanismen, Gegenstrategien, in djbZ 3-4/2024, online: <https://doi.org/10.5771/1866-377X-2024-3-4-141>.
 - 11 djbZ 2/2024: „Feminismus gegen Rechtsextremismus – ein Thema für den djb“, online: <https://doi.org/10.5771/1866-377X-2024-2>.

Wer juristisch arbeitet, wer sich für Rechtspolitik interessiert, wer sich, wie die Mitglieder des djb, schon durch ihren Beitrag und erst recht durch Mitarbeit für Gleichberechtigung und also gegen Diskriminierung engagiert, die weiß, dass 2026 nicht das einfachste aller Jahre werden wird. Judith Rahner hat es so gesagt: „Kaum ein anderes gesellschaftspolitisches Feld wird derart massiv, aber gleichzeitig unbemerkt angegriffen“. ¹² Vor allem gilt: Kaum ein Thema funktioniert so gut als Bindeglied zwischen rechtsradikalen und bürgerlichen Positionen wie Gender und Feminismus. Es triggert, und es funktioniert. Da ist man schnell gemeinsam genervt und findet dann noch weitere Gemeinsamkeiten. Gender ist dann das Scharnier, mit dem die Tür zum Nicht-mehr-Demokratischen geöffnet wird.

Da gibt es viel Anlass zur Sorge. Weltweit steht es um Rechte, also um die Grundrechte und Menschenrechte, nicht zum Besten. Wir sprechen da nicht nur über Umsetzungsdefizite. Heute trifft Recht auch auf glatte Verweigerung. Wir beklagen da nicht nur zu wenig Fortschritt, sondern müssen uns vehement gegen Rückschritte stemmen. Wir beklagen da nicht nur unzureichendes Recht, sondern das Recht selbst wird mit Füßen getreten – oder genauer: mit Drohnen zerschossen, mit Strafvällen und Einreiseverboten torpediert, mit Attacken auf Richter oder Staatsanwältinnen, auf Anwaltschaft und Gerichte delegitimiert, und das geschieht nicht nur in den USA, sondern an vielen Orten weltweit. Es ist auch nicht nur irgendwie problematisch, sondern es ist insbesondere immer antifeministisch und völkisch-rassistisch. In Attacken auf die rechtsstaatliche Demokratie fügt sich das zusammen. Gerade deshalb müssen wir dem Paket entschieden entgegentreten.

Der Anlass zur Sorge besteht auch in Deutschland, da mögen einige wenige Hinweise genügen. So erschreckt die schlichte Weigerung, gerichtliche Entscheidungen umzusetzen, wie zur Ausstellung von Visa im Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan. Desgleichen erschrecken die Angriffe gegen das Berliner Verwaltungsgericht im Sommer 2025: „Zwei Kolleginnen und ein Kollege haben in Berlin gemeinsam über eine Rechtsfrage zur Zurückweisung von Asylsuchenden entschieden. Deswegen werden sie persönlich diffamiert und bedroht. Das geht zu weit!“ So reagierte der Richterbund und der Bund der Verwaltungsrichter und -richterrinnen; genauso klar war die Berliner Justizsenatorin Badenberg: „Jegliche Form von Gewalt, Drohungen oder Einschüchterungen darf niemals Teil von Kritik an Urteilen oder Richtern sein“ ¹³; und klar war auch die Bundesministerin Stefanie Hubig. ¹⁴

Die Angriffe sind aber oft auch subtiler. Dazu gehören die gezielten Versuche, Leute in das Schöffenamts zu bringen, die den Rechtsstaat als „System“ verachten, oder die Bemerkung der Vorsitzenden der AfD, sie könne dem „überhaupt nichts mehr beimessen“, „was Gerichte irgendwie von sich geben“ ¹⁵. Die Strategie ist „Diskreditieren, wo es nur geht“, so titelte die FAZ im Dezember 2025, und das tun nicht nur die Funktionäre. Mich erschreckt der Zulauf bei Veranstaltungen wie dem „Marsch für das Leben“, der tatsächlich ein Protest gegen reproduktive Gerechtigkeit und damit vor allem gegen den Schutz gerade junger oder sozial prekärer Frauen in einer lebensentscheidenden Situation der Schwangerschaft ist. Mich erschüttert auch der verächtliche Antifeminismus, der in Kampagnen gegen trans*

Personen auf Spaltung angelegt und aggressiv emotionalisiert ist, und viel zu oft verfängt. Bei vielen Themen gibt es nun immer eine Dosis Fremdenfeindlichkeit, in Varianten. Und es werden Begriffe gekapert – wie Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, auch Rechtsstaat, auch Demokratie. Sie dienen dann nur als Verpackung für Ungleichheitsideologie.

Was tun?

Orientierung ist gefragt. Der Bundesvorstand des djb hat sich darüber gemeinsam mit der Geschäftsstelle im Herbst 2025 auf einem Retreat Gedanken gemacht. Was ist die Leitschnur des heutigen Einsatzes für Gleichberechtigung, was sind die Kernbegriffe? Die Themen sind so klassisch wie konsentiert:

- reproduktive Gerechtigkeit;
- Freiheit von und Schutz vor Übergriffen und Gewalt;
- ökonomische Eigenständigkeit und
- politische Teilhabe.

Wie gehabt, und typisch djb: knapp auf den Punkt gebracht, parteiübergreifend unideologisch, fachlich begründet, normativ weltweit klar. Es geht um gleiche Freiheit und Respekt, also Art. 1, 2 und 3 des Grundgesetzes, es geht um die Grundrechtecharta der EU, um die EMRK des Europarates, um die Menschenrechte der Vereinten Nationen. Das ist das Fundament, das so viele gebaut haben, damit wir alle sicher darauf stehen.

Ist noch mehr Orientierung gesucht?

Wer schönere Worte braucht, findet sie in der Literatur. Lesen Sie Virginia Woolf über die drei Guineen. ¹⁶ Wem soll sie Geld spenden? Es ist ein radikaler Text in Zeiten der Kriegsangst – damals stand Hitler vor der Tür, und auch deshalb erschreckend aktuell. Es ist eine feine Analyse ausgestellter Männlichkeit, auch deshalb oft erheiternd. Und es ist ein kluger Text zu dem, was Gesellschaften ausmacht, insofern zeitlos.

Sie können aber auch nach Personen suchen, nach Vorbildern. Gibt es welche in Ihrem Landesverband? Juristinnen gar? Ich habe für Berlin gesucht und eine gefunden, natürlich

12 Rahner ist Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats und war Leiterin der Fachstelle Gender, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: „Antifeministische Positionen sind kompatibel in der gesamten Gesellschaft und werden zunehmend aggressiv in einem ‚Geschlechterkampf von rechts‘ in Stellung gebracht.“; <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/der-geschlechterkampf-von-rechts-ist-eine-bedrohung-fuer-die-demokratie-67449/>.

13 Der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes Sven Rebehn: „Die zunehmenden Angriffe gegen die unabhängige Justiz in vielen Ländern der Welt sind Anlass zu großer Sorge. Auch in Deutschland wachsen die Gefahren für den Rechtsstaat durch antiliberalen Kräfte.“ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article695371d3f6fc544dba9b72aa/richterbund-warnt-zunehmende-angriffe-gegen-die-unabhaengige-justiz.html>.

14 Die ZEIT, 21. Juni 2025, zitiert: „Das ist absolut inakzeptabel. Wir stellen uns vor die unabhängige Justiz“, sagte sie den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Wir dulden keine Einschüchterungsversuche.“

15 Platz, Sarah: Wie die AfD an der Justiz sägt – und Schwarz-Rot hilft, n-tv, online: <https://www.n-tv.de/politik/Wie-die-AfD-an-der-Justiz-saegt-und-Schwarz-Rot-hilft-id30107300.html>.

16 Eine neue Übersetzung von Ante Ravic Strubel ist im Kampa Verlag erschienen. Leider finden sich nur im englischen Original die Fotografien der geschmückten Männer von Rang und Bildung sowie die zahlreichen Anmerkungen und Quellenangaben.

auch im online frei zugänglichen Juristinnen-Lexikon des djB:¹⁷

Emma Sophie Elisabeth Schwarzhaupt.

Sie passt zum Jahresbeginn, denn sie wurde am 7. Januar 1901 in Frankfurt am Main geboren, also vor 125 Jahren. Sie passt zu Berlin: in der Marchstraße hat sie gearbeitet, im Bechstedter Weg 18 (1936–1940) und der Rudolstädter Straße 24 (1940–1944) in Wilmersdorf gewohnt, dann – ausgebombt – in Schlachtensee. Sie passt zu dem Mut, den so viele im djB immer wieder zeigen. Sie passt überhaupt zum djB, als CDU-Politikerin, ebenso wie alle, die in der SPD, bei den Grünen oder der Linken oder sonst in demokratischen Parteien, Verbänden oder Vereinen zuhause sind, und im djB dann Mitglied. Und sie passt, weil sie in schwierigen Zeiten genau gefragt hat: Was passiert hier eigentlich genau? Und was tun?

Also: Emma Sophie Elisabeth Schwarzhaupt.

Sie war sehr oft die erste und hat eine überhaupt sehr beeindruckende Biographie. Die Stationen sind in aller Kürze:

- Jurastudium und Volljuristin – das war schon mühsam erkämpft.
- 1932 Vertretungsrichterin in Dortmund, die Nazis verstießen sie im Jahr darauf aus dem Justizdienst.
- 1933 flüchtet ihr Verlobter, ein jüdischer Arzt, vor den Nazis in die Schweiz; sie bleibt in Deutschland.
- 1936 geht sie nach Berlin, in die Marchstraße 2 in Charlottenburg, arbeitet bei der Evangelischen Kirche (EKD). 1939 wird sie zur Konsistorialrätin, 1944 zur Oberkonsistorialrätin ernannt – als erste Frau.
- 1945 geht sie nach Frankfurt am Main, wieder zur EKD.
- 1953 der Eintritt in die CDU, dann gewählt im Deutschen Bundestag.
- 1961 die erste Bundesministerin in der Bundesrepublik, gegen die offen patriarchalen Vorbehalte im Kabinett Adenauer und erst nach einem Sitzstreik der Frauen in der CDU vor dem Kabinettssaal im Bundeskanzleramt, zunächst nur im neu geschaffenen und damals belächelten Ressort Gesundheit,¹⁸ bis 1966.
- 1965 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz der Ordensklasse „Großkreuz“, auch wieder als erste Frau.

All das ist eindrücklich genug. Es genügt, um sich schlicht darüber klar zu werden, was denkbar ist, machbar, möglich. Denn es kommt darauf an, etwas zu tun! Aber Emma Sophie Elisabeth gibt uns noch mehr.

„Schwarzhaupt blieb unbeugsam. Sie wusste ihr Leben lang immer neue Widerstände zu überwinden.“, so hieß es in einer schönen historischen Notiz im Tagesspiegel.¹⁹ Sie stimmte in den 1950er Jahren anders als die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für das „Gesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts“, das den Stichentscheid des Ehemannes aus dem Zivilrecht beseitigte.

Sie half im Amt bei der EKD von den Nazis Verfolgten, gehörte zur „Bekennenden Kirche“ – und haderte ihr Leben lang, ob sie genug getan hatte.

Und sie schrieb 1932 einen Text: „Was hat die deutsche Frau vom Nationalsozialismus zu erwarten?“²⁰ Was tut sie da?

Schwarzhaupt sieht genau hin. Sie unterzieht die Schriften der damaligen Nazis einer ganz genauen Analyse. Sie gibt sich

keinen Illusionen hin, nimmt die politischen Veränderungen ernst und konstatiert ganz nüchtern mehrfach, dass die Praxis über das Angekündigte hinausgehen könne. Sie nimmt veröffentlichte Thesen präzise auseinander, übertreibt nicht, unterstellt nichts. Sondern sie entlarvt, ganz sachlich.

Sie arbeitet also genauso wie der djB: ernsthaft, präzise, unideologisch, klar.

Das Jahr vor uns ist natürlich nicht 1933, sondern 2026. Aber die Art und Weise, mit der Elisabeth Schwarzhaupt auf die Welt blickt, ist bestechend. Da heißt es dann, der „Gedankengang hat vielleicht für viele etwas Bestechendes. Ich will ihn gerade deshalb einer etwas genaueren Betrachtung unterziehen. Er enthält nach meiner Meinung mehrere Trugschlüsse.“ – und dann wird Schritt für Schritt entlarvt, was dort behauptet wird: „Diese Vorstellung ist falsch“. So klar, so wahr. „Man wird einwenden, ...“ Doch „Dem steht entgegen, ...“. Anderes sei „trügerisch“. So werden auch krude ökonomische Behauptungen zur Entwicklung der Arbeitswelt widerlegt, weil sie ganz schlicht nicht überzeugen können. Wirtschaft, Vermögen und Psychologie – Schwarzhaupt zieht alle Register, empirisch fundiert.

Ganz wie der djB. Sie übertreibt nicht, sie unterstellt nichts. Kein Skandal, sondern Befunde.

Bei Schwarzhaupt heißt es weiter, Herr G habe (und sie gibt Ort und Datum an) öffentlich gesagt, dass ..., und wieder wird präzise untersucht. „Es scheint mir also, daß zwar die Vorschläge zur Entrechtung der Frau, die von den Nationalsozialisten gemacht werden, sehr bestimmt und eindeutig sind, daß es aber mit dem Ausgleich, den man den Frauen verspricht, sehr wenig vertrauenerweckend aussieht.“

Ein Beispiel ist das Universitätsstudium. So werde in Publikation X gesagt, daß die Einschränkung für die Frauen ein Weg zum Besseren wäre. Aber Schwarzhaupt setzt kühl dagegen, es bedeute einen Rückschritt um fast hundert Jahre. Von der Arbeit der Frauenbewegung bliebe dann allein die hauswirtschaftliche Ausbildung der Frau. Da scheine „man mir doch des Guten zu viel zu tun.“ Tatsächlich „wolle man bei den Mädchen die Keime zu ernsteren geistigeren Interessen ertönen“.

Ganz simpel funktioniere das jedoch nicht. Schwarzhaupt zeigt auch das Zuckerbrot zur Peitsche. So heißt es bei ihr: „Als Ausgleich für diese Opfer an Rechten, an Ausbildungs- und Betätigungsmöglichkeiten [die der Nationalsozialismus von den Frauen fordert] wird der Frau eine verbesserte, gehobene Stellung in der Familie in Aussicht gestellt.“ Kommt Ihnen das

17 Juristinnen. Lexikon zu Leben und Werk. Herausgegeben vom Deutschen Juristinnenbund 2024, <https://doi.org/10.5771/9783748919766>.

18 Die Rede war von der „Verlegenheitsbehörde zur Befriedigung der Frauenwünsche“; zitiert bei Körner, Torsten: In der Männer-Republik: Wie Frauen die Politik eroberten, 2020, S. 52 f.

19 Nicolas Basse: Bonner Ministerin mit Berliner Vergangenheit, Tagesspiegel, 8. Januar 2026 (<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bonner-ministerin-mit-berliner-vergangenheit-elisabeth-schwarzhaupt-warnte-eindringlich-vor-der-frauenfeindlichkeit-der-nazis-15105920.html>).

20 Der Text ist zu finden im Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel. Mit freundlicher Genehmigung von Dr. Dorothea Schwarzhaupt-Scholz und der Elisabeth Schwarzhaupt Stiftung drucken wir ihn hier im Anschluss ab.

irgendwie bekannt vor? „Es ist da viel die Rede von der hohen Stellung der germanischen Mutter, von der Achtung, die ihr wieder entgegengebracht werden soll.“ Und weiter noch: „Man spricht davon, daß hier eine neue Frauenbewegung aufgetreten ist, die mit fliegenden Fahnen die Rückkehr der Frau in ihr eigentliches Betätigungsfeld, die Familie, verkündet.“

Das ist damals präzise; es ist aber auch aktuell. Zu den gefährlichen politischen Entwicklungen gehört weltweit die Diffamierung von Wissenschaft und politischer Bildung sowie das Loblied auf die hohe Stellung (nicht jeder) Frau und Mutter. Dazu kommt der „wahre“ Feminismus der *tradwives*, die sich in sozialen Medien als „traditionelle Ehefrau“ vorstellen, aber den Selbstwiderspruch mit patriarchaler Kernbotschaft leben, denn sie vermarkten professionell, wie schön es ist, nicht erwerbstätig zu sein, da ein Ehemann das Glück der Hausarbeit und Familiensorge finanziere. Das hat online Konjunktur, aber verfängt auch politisch.

Es wird in Deutschland vor allem von der AfD vertreten. So heißt es immer wieder, die Gender-Forschung sei keine Wissenschaft und dürfe aus Steuermitteln nicht mehr finanziert werden,²¹ denn „die Gender-Ideologie“ wolle „die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen.“ Dagegen sei zu unterstützen, „wenn Menschen traditionelle Geschlechterrollen leben.“²² Und da braucht jede Familie einen Mann, denn, so das Programm, auch nach einer Trennung soll jede Mutter gezwungen werden, den Vater dabei zu behalten.²³ Überhaupt sei eine „kinderfreundliche Gesellschaft“ und „der Erhalt des Staatsvolks ... als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen“.²⁴ Wie hätte Schwarzhaupt das gelesen? Der Frau wird viel in Aussicht gestellt, aber „es bleibe zu Gunsten der Frau nur bei ganz allgemeinen, sehr unbestimmten, dafür aber sehr pathetischen Versprechungen“. Die sind dann heute auch noch, *contra legem*, recht exklusiv für Deutsche, gegen andere Lebensformen und verächtlich zu Alleinerziehenden, nur all das hübsch verklausuliert.

Das ist noch nicht alles. Schwarzhaupt beschreibt damals auch, dass die „Ritterlichkeit“ zurück sei. Und „man aber auch ganz andere Töne. Man hört viel von der [natürlichen Abhängigkeit der Frau vom Manne, von der] natürlichen Rangordnung der Geschlechter, die wieder eingeführt werden müsse.“ Kommt Ihnen das bekannt vor?

Die „Rückkehr der Männlichkeit“ wird nicht nur von US-amerikanischen Tech-Monopolisten propagiert, für ihre „Broligarchie“²⁵. Autoritäre Neigungen junger Männer nehmen zu und schlagen sich im Wahlverhalten nieder. Gefüttert wird sie in der „Manosphere“, einer vor allem, aber nicht nur digitalen Gemeinschaft von Männern, die sich als Maskulinisten bezeichnen oder bezeichnen lassen²⁶, die nach männlichen Vorbildern und „wahrer Männlichkeit“ suchen. Auch das sind nicht nur Internet-Phänomene, sondern Märkte und Taten. Dahinter stehen wie immer Menschen und Geld, wie die zwei Brüder, gegen die auch wegen Menschenhandels – also präziser: wegen Frauen- und Mädchenhandels – ermittelt wird.²⁷ Hierher gehören auch die „pickup artists“ und das „Looksmaxxing“, wo männlichen Teenies und jungen Männern vermittelt wird: Wenn du aussiehst wie ein „Alpha“, bist du unwiderstehlich. Die extreme Version sind

„Incels“, sich selbst so bezeichnende unfreiwillig sexuell zölibatär lebende Männer, die durch furchtbare Gewalttaten, also durch Femizide, bekannt werden wollen und werden. Umso wichtiger ist das nicht zuletzt in der Gender-Forschung systematisch erlangte Wissen um hegemoniale und toxische Männlichkeit.²⁸

Nochmals zurück zu Schwarzhaupt. Sie zitiert die damals maßgeblichen Schriften (von Goebbels oder Rosenberg), seziert sie dann, präzise und nüchtern, und exponiert die Lügen, die Fehler, die Gefahr. So heißt es auch: „Gewiß mag man diese letzten Äußerungen als Entgleisungen eines Einzelnen hinstellen, mit deren praktischer Verwirklichung man ... nicht ernstlich zu rechnen braucht. Trotzdem sind solche Äußerungen kennzeichnend.“²⁹ Daher gelte es, den Dingen ins Auge sehen, also ernst zu nehmen, was gesagt wird. Das tut auch heute not.

Die entscheidende Frage für Schwarzhaupt lautete dann: „Wie ist nun diese Einstellung [des Nationalsozialismus] zur Frauenfrage zu werten?“ Ihre Antwort: „Bei einer so unausgegorenen Bewegung gibt es ja viele Programmpunkte, die einer Änderung fähig sind.“ Viele Wählerinnen und Wähler würden vermutlich

21 <https://www.afd.de/familie-bevoelkerung/>.

22 AfD-Website und Europawahlprogramm 2024.

23 Im Original: „Die AfD möchte Alleinerziehenden helfen. Sie ist jedoch gegen jede finanzielle Unterstützung von Organisationen, die „Einelternefamilien“ als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf propagieren. Der Vorteil einer besonderen Unterstützung durch die Solidargemeinschaft sollte nur denjenigen Alleinerziehenden gewährt werden, die den anderen Elternteil nicht aus der Teilhabe an der Erziehungsverantwortung und praktischen Erziehungsleistung hinausdrängen.“, <https://www.afd.de/familie-bevoelkerung/>.

24 <https://www.afd.de/familie-bevoelkerung/>.

25 Jaff, Aya: Broligarchie: Die Machtspiele der Tech-Elite und wie sie Fortschritt verhindern, 2025.

26 Es gibt viele Webseiten und Influencer, die hier eine Mischung aus verzerrten oder falschen Informationen und Diffamierung bis zu Hetze verbreiten; vgl. die Sammlung zu Themen und Quellen des Antifeminismus unter <https://www.diskursatlas.de/>. Rechtspraktisch und rechtspolitisch wird gezielt Einfluss auf das Familienrecht genommen, wo ein angebliches „Parental Alination Syndrom“ (PAS; oder „elterliches Entfremdungssyndrom“) konstatiert wird, um Müttern das alleinige Sorgerecht auch in Situationen häuslicher Gewalt zu verwehren. Dagegen und zugunsten des Kindeswohls u.a. BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 17. November 2023 – 1 BvR 1076/23

27 Es handelt sich um Andrew und Tristan Tate; die Anklage in Großbritannien datiert von Anfang 2024, in Rumänien wurden sie 2022 festgenommen. Sie haben auf den hier sehr unsozialen Medien Millionen Follower. Der Wikipedia-Eintrag beschränkt sich auf vergleichsweise harmlose Charakterisierungen.

28 Das Konzept stammt von Raewyn Connell: Der gemachte Mann: Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, 1999; es wird produktiv aufgegriffen zB in der Gesundheitsfürsorge von der AOK: <https://www.aok.de/pk/magazin/koerper-psyche/psychologie/was-ist-toxische-maennlichkeit/> oder im Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“, <https://gemeinsam-gegen-sexismus.de/glossar-posts/toxische-maennlichkeit/>.

29 ... „für die geistige Einstellung nicht nur Rosenbergs, sondern der nat.-soz. Bewegung überhaupt: Die Frau wird nicht als Persönlichkeit gewertet; es kommt nicht auf ihr eigenes, geistiges und seelisches Leben an. Sie hat Wert und Rechte nur auf Grund der leiblichen Mutterschaft. Es liegt mir fern, den Wert der Mutterschaft und des Muttererlebnisses für das Leben der Frau zu verkleinern. Aber ihren Wert hat sie nach meiner Meinung auf Grund ihrer Persönlichkeit, ihrer geistigen und seelischen Eigenschaften, die selbstverständlich u. a. auch auf dem Erlebnis der Mutterschaft, aber auch auf einer angeborenen Mütterlichkeit beruhen können.“

darauf hoffen, dass die dann etwas ändern,³⁰ also nicht ganz so schlimm sind. Doch das sei Augenwischerei: „Ich glaube aber, daß wir Frauen uns hier keinen optimistischen Hoffnungen hingeben sollten; denn die Einstellung zur Frau, wie ich sie geschildert habe, scheint mir mit der ganzen geistigen Haltung der Bewegung unlösbar verknüpft zu sein.“ Der ganzen geistigen Haltung?

Konkret bedeute das, so Schwarzhaupt: „Ich finde in dem Ideenkreis, aus dem die nationalsozialistische Bewegung hervorgeht, vor allem drei Punkte...“³¹. Der erste Punkt war der bevölkerungspolitische Rassismus.

Das ist erschreckend aktuell, denn überall, in der Familienpolitik, Sozialpolitik, Stadtpolitik, Bildungspolitik, der Migrationspolitik usw., wird Rassismus fortlaufend eingewebt: Die volle Packung Ungleichheitsideologie.

Der zweite Punkt ist der „Grundgedanke, daß die Idee der Liebe, der Humanität, der Menschlichkeit zu verwerfen ist, weil sie dem ‚jüdischen Christentum‘ entstammt, weil sie schwächend, weiblich, jüdisch sei. An ihrer Stelle soll als ‚neue ethische Idee‘ das germanische, männliche Ideal der Gefolgschaftstreue Gesetz werden.“ Jedoch, so Schwarzhaupt: „In einem Gemeinwesen, in dem die Brutalität, die Muskelkraft, der Terror herrschen, kann keine Kultur gedeihen; hier werden die Frauen die ersten sein, die unter die Räder kommen.“

Auch das ist aktuell. Die männlichen Ideale sind zurück, Härte gefragt und gefeiert. Zwar sind „die Frauen“ heute nicht unbedingt die Ersten, die leiden. Zuerst geht es ja gegen andere „Andere“, vor allem „den Islam“ und „Trans“. Aber die Geschlechterfrage steht nicht zufällig im Zentrum eines autokratisch-völkischen Populismus. Die schnoddrige Abfälligkeit und aggressive Diffamierung von „Gender“ – Feminismus, Gender Studies und mehr³² – wurde eben gezielt zum Triggerpunkt gemacht und so die Brücke gebaut, das Scharnier geölt, um die Hinterköpfe der dumpfen Ressentiments von rechtsradikal bis bürgerlich zu verbinden, von extrem konservativ bis „eigentlich liberal, aber ...“. Hier treffen sich die Vorbehalte des „das geht doch zu weit“ und ist „zu viel des Guten“ mit Positionen der Intoleranz, und schwupp: schon hat sich das Sagbare verschoben, das politische Feld ist neu kartiert nach rechts gerutscht.

Der dritte Punkt im Ideenkreis der Feinde der Demokratie ist, so Schwarzhaupt, die Verachtung der Freiheit, denn stattdessen komme nun „Uniformierung und Militarisierung“. Auch das ist leider aktuell, auch das modifiziert. Es gab Pegida-Aufmärsche und es gibt an vielen Orten auch weiter Montagsaufmärsche, die harmlos „Spaziergänge“ genannt werden.³³ Nicht selten sind Trommeln, Fackeln, ein zackiger Haarschnitt, eine eigene Mode als Uniform, als Machtdemonstration vor Ort. Wer teilnimmt, will zeigen, wer hierher gehört und wer nicht. Das sind dann „Tage der deutschen Zukunft“ mit Gruppen wie „jung und stark“ und anderen, für eine exklusive „Heimat“ auf „ihren“ Straßen und Plätzen. Das ist eine Militarisierung nach innen, erneut wie in den USA.

Nochmals gilt: Das Jahr vor uns ist nicht 1933, sondern 2026. Aber die engagierten Juristinnen, die damals in Deutschland genau hingesehen und gewarnt haben, können Vorbild sein und Orientierung geben: Elisabeth Schwarzhaupt gehört dazu, oder Elsa Lohmeyer, die erste Staatsanwältin Deutschlands, in Frank-

furt/Oder, und mutig rechtsstaatlich auch sie.³⁴ Das gilt auch für die engagierten, mutigen, widerständigen Juristinnen, die heute an so vielen Orten dafür kämpfen, dass Freiheit kein Blankoscheck für rücksichtslose Egoisten, sondern gleiche Freiheit ist, und Gleichberechtigung kein leeres Wort. Manche von ihnen leben hier, geflohen aus Afghanistan und Ägypten, aus Syrien und dem Iran oder aus der Türkei, also aus anderen, wieder nicht nur autoritär, sondern regelmäßig auch sexistisch-patriarchal regierten Ländern. Wir können von Elisabeth Schwarzhaupt, von Kolleginnen vor Ort und aktuell auch von ihnen lernen.

Was also tun?

Elisabeth Schwarzhaupt schrieb damals, wir dürften uns „nicht unterkriegen lassen“. Die in ihrem Namen errichtete Stiftung setzt das heute fort.³⁵ Schwarzhaupt schrieb damals selbst: „Wir wollen uns vor Augen halten, das, was man uns an Stelle der schwer errungenen Gleichberechtigung bietet, leere, unhaltbare, vielleicht nicht einmal aufrichtige Versprechungen“ sind. „Wir alle wollen nicht vergessen, daß ... ein Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, ... unendlich viel Enttäuschung, seelische und wirtschaftliche Not für viele Frauen bedeuten wird.“

Auch das ist aktuell. Die „Not für viele Frauen“ droht heute allen, die als Frauen leben: Von den miesen oder auch verletzenden Angriffen auf trans Personen wie auch auf Menschen, die non-binär leben wollen oder sonst aus den Geschlechterrollen fallen, dürfen wir weder locken noch spalten lassen. Für manche ist da manches ungewohnt, und nicht jede Begegnung erfreut, aber Ablehnung und Ausgrenzung sind einfach nicht tolerabel. Die „vielen Frauen“, von denen Schwarzhaupt sprach, sind wirklich viele, und sie sind verschieden. Intersektionale Gleichheit bedeutet dann, auch zu verstehen, dass Sexismus mit Rassismus, Antisemitismus und Antiislamismus genauso wie mit Ableismus oder auch Klassismus unheilige, gefährliche Allianzen eingehen kann.

30 „Ja, ich glaube, unter den vielen Wählern der nationalsozialistischen Partei sind 80 %, die sie nur gewählt haben in der Hoffnung, daß sie wenigstens einen wesentlichen Punkt ihres Programms ändert.“

31 „... die einerseits unlösbar in die nationalsozialistische Gedankenwelt eingebaut sind, und die andererseits dem tiefsten Wesen der Frau, wie ich es verstehe, notwendig entgegengesetzt sind.“

32 Im Original die AfD: „Die Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann.“, <https://www.afd.de/familie-bevoelkerung/>.

33 Es gibt viele Beispiele wie das 300. Jubiläum der Görlitzer Montagsdemo am 26. Januar 2026; Spaziergänge in Erkner, der für das ganze Jahr angemeldete „Charlottenburger Montagsspaziergang kritischer und besorgter Menschen“ vom 19.01. bis 28.12.2026.

34 Mehr dazu in der Neujahrsansprache im BMJV, in diesem Heft.

35 <https://www.es-stiftung.de/>. Sie „erinnert an das weitreichende politische und gesellschaftliche Engagement der ersten Ministerin im westdeutschen Kabinett. Wir fühlen uns Schwarzhauts Vision von mehr Gleichberechtigung verpflichtet und richten den Fokus auf die Gegenwart. Den Schwerpunkt des Förderinteresses legt die Stiftung auf Chancengleichheit für Frauen und Männer.“